

Wossische Zeitung



Zeitung

Bezeichnet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Befragen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Belagerungszustand in Hamburg.

Blutige Straßenkämpfe in Hamburg.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Hamburg, 25. Juni.

Die Beschränkungen, daß die Unruhen in Hamburg, über die wir im heutigen Morgenblatt ausführlich berichtet haben, zu weiterem Blutvergießen führen würden, haben sich leider bestätigt. Gestern abend gegen 10 Uhr zog die von Spartakisten verhegte Menge, die inzwischen bewaffnet worden war, nochmals vor das Rathaus, das die Bahnenfelder Freiwilligen unter Führung des Stadtkommandanten Lampl besetzt hielten. Die Spartakisten verschanzten sich hinter dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal gegenüber dem Haupteingang des Rathauses und eröffneten das Feuer; mit Maschinengewehren wurden mehrere Stürme auf das Rathaus abgeschlagen. Schaulente, die zur Verstärkung der Besatzung herankamen, wurden angegriffen, zwei von ihnen entworfen und schwer mißhandelt. Die Anführer erhielten inzwischen immer neuen Zusatzen und versuchten schließlich vom Alten Wall einen Sturm auf das Rathaus; als der Angriff mißlang, versuchte der Mob, die Straße in Brand zu stecken. Das Feuer wurde von Soldaten bald gelöscht.

Inzwischen gelang es den Aufständischen, den Hauptbahnhof zu überrumpeln und zu besetzen; durch die Entwarnung mehrerer Polizeiwachen und Plünderung von Waffenlagern, setzten sich die Spartakisten in den Besitz neuer Waffen und beschossen von der Hochbahn am Köhlsbüttel aus aufs neue das Rathaus. Bis Mitternacht wurden 10 Tote und etwa 50 Schwerverletzte gezählt. Während der Nacht wurde vom Stadtkommandanten über Hamburg der Belagerungszustand verhängt.

Nachdem aus Altona Truppenverstärkungen herangezogen waren und auch Artillerie eingetroffen, gelang es bald nach 3 Uhr, den Hauptbahnhof zurück zu erobern. Die inzwischen aufgebodene Einwohnerwehr, die zunächst am Gewerkschaftshaus einen harten Kampf mit dem bewaffneten Mob zu bestehen hatte, griff in den Kampf um den Hauptbahnhof erfolgreich ein, und gegen 1/2 Uhr konnte auch die Umgebung des Rathauses gesäubert werden.

Seit vormittag um 11 Uhr begab sich eine Abordnung von 11 Mann durch die Mönckebergstraße nach dem Rathaus, um zu verhandeln. Als sie im Rathause waren, wurde trotzdem weiter geschossen. Die Mönckebergstraße wurde von einer Postenkette abgesperrt, um das neugierige Publikum zurückzudrängen. Plötzlich drangen vor dem Eingang zum Restaurant Salant einige Matrosen auf die Sicherheitsmannschaft ein und entwarfen sie, da kein Widerstand geleistet wurde. Kurz darauf wurde vor der Petrikirche ein verprengter Sicherheitsfeldat niedergeschlagen. Die Spartakisten erklären, daß sie keinen Mann von der Rathausbesatzung lebend herauskommen lassen wollen.

Der in Hamburg seit einiger Zeit erwartete Puls ist offenbar vorzeitig ausgebrochen. Die kommunistischen Führer, unter ihnen viele Ausländer, haben die Erregung über die Lebensmittelfällungen des Sälfabrikanten Sell als willkommenen Gelegenheit betrachtet, die einmal entsetzte Menge auf ihre Bahnen zu lenken.

Infolge des Belagerungszustandes können die Rennen in Hamburg-Sporn nicht stattfinden.

* Hamburg, 25. Juni, 120 Uhr mittags.

Bewaffnete Arbeiter besetzten heute mittag die Commerz- und DiscontoBank am Neß. Sie schossen aus den Fenstern auf die Posten der Bahnenfelder Truppen. Diese erbat um 1 Uhr einen Waffenstillstand, um die Verwundeten ins Rathaus zu bringen. Dieser Waffenstillstand wurde von den Spartakisten gebrochen, die plötzlich aus ihren Verstecken am Rathausplatz hervordrangen und auf die sich zurückziehenden Truppen schossen. Es herrscht Mangel an genügend zuverlässigen Truppen, denn nur die Soldaten im Rathaus waren einigermaßen zuverlässig, während alle anderen Sicherheitsmannschaften, die wegen der Abkündigung zum 1. August empört waren, nicht gegen die kommunisten Partei ergriffen. Regierungstruppen von auswärts sind bisher nicht eingetroffen.

Die Unruhen in Mannheim.

Karlsruhe, 24. Juni.

Nachdem in der vergangenen Nacht in Mannheim von Zivilpersonen auf militärische Patrouillen geschossen wurde, hat die Regierung angeordnet, daß weitere Truppenverstärkungen

gen nach der Stadt gebracht werden sollen. Die Truppen haben den Auftrag, im Einvernehmen mit der Polizeibehörde Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen und energisch durchzuführen. Eine auf gestern abend in den Nebelungssaal einberufene Versammlung der Kommunisten ist verboten worden.

Wachsende Gegnerlichkeit gegen Wilson.

Drahtmeldungen.

* Versailles, 25. Juni.

Im amerikanischen Senat sind zwei Resolutionen eingebracht worden, die verlangen, daß der Krieg als beendet erklärt und der Präsident beauftragt wird, sämtliche Truppen aus Frankreich sofort nach Hause zu senden.

Keine Demobilisierung in Frankreich.

Erklärungen Clemenceaus.

* Versailles, 25. Juni.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Clemenceau, der versprochen hatte, gestern vor der Kammer über die Friedensverhandlungen zu sprechen, hat sein Versprechen nicht ganz gehalten. Er hat sich begnügt, nach seiner Rückkehr aus Versailles in den Wandelgängen der Kammer zu erscheinen, und hat dort den Abgeordneten einige Auskünfte auf aktuelle Fragen gegeben. Wo er nicht sachlich sein wollte, wich er mit scherzhaften Wendungen aus. Die erste Frage war die nach der Demobilisation vorläufig nicht möglich sei. Die Truppen am Rhein könnten nicht demobilisiert werden. Die Friedensfragen mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei würden sich wohl noch Monate lang hinziehen. Dann blieben noch andere ungelöste Probleme. Endlich mußte man Deutschland noch sehr mißtrauisch auf die Finger sehen. Bestenfalls würden die Klassen 1906 bis 1912 demobilisiert werden. Die übrigen müßten sich noch gebüden.

Die zweite Frage war, ob denn die Kameraden zu wählen werden. Clemenceau sagte, er sehe keinen Zusammenhang zwischen den Wahlen und der Demobilisation. Die Wahlen würden Ende September oder Anfang Oktober stattfinden. Die Soldaten würden entweder brieflich oder gelegentlich ihrer Urlaubsmöglichkeiten.

Die dritte Frage war, ob sich die Nachricht eines französischen Blattes vom baldigen Rücktritt Clemenceaus bestätige. Die Antwort war: „Wenn ich derartige Beschlüsse ankündigen will, benutze ich keine Zwischenträger.“ Es scheint also, daß Clemenceau vorläufig nicht an seinen Rücktritt denkt. Doch sprechen die Zeitungen heute von einer baldigen Umbildung des Kabinetts.

Clemenceau wiederholte seine Erklärungen im Senat. Als er dort gefragt wurde: „Das Spiel ist also nun zu Ende?“ antwortete er: „Es ist gewonnen!“

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages soll Sonnabend nachmittag stattfinden. In der Reihenfolge der Unterschriften sollen die Deutschen nun die letzten sein. Niemand wird sprechen dürfen.

Die Pariser Presse zeigt sich sehr erregt, weil die deutschen Delegierten noch immer nicht ernannt seien. Man spricht von „deutscher Grobheit“ und von „Verschleppungsmanövern“. Es heißt, daß die Entente heute durch Funkpruch die deutsche Regierung um schnelle Bekanntgabe der Delegierten ersuchen wird.

Missetaten beim Abzug französischer Truppen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Frankfurt a. M., 25. Juni.

Bei ihrem Rückmarsch auf Mainz zu haben die Franzosen, wie berichtet wird, ihrer Freude über den Abschluß des Friedens in geradezu vandalischer Weise Ausdruck gegeben. An den Landstraßen wurden die Bäume abgehauen, um Pferde, Geschütze und Mannschaften zu schmücken. Die Obstbäume in den Gärten sanken dahin. Kein Blumenstock, kein Gemüsebeet, keine Weinreife blüht unversöhnt. Obstgärten und Vorgärten in Dorf und Stadt gleichen verheerten Schlachtfeldern. Der Wald in Nied bietet eine einzige Wüstenei, so furchtbar hausten die Senegalneger. Der Stadtpark in Höchst gehört der Vergangenheit an. Korn- und Kartoffelfelder gibt es für 1919 in dem Gebiet der Mühlengraben nicht mehr. Auf den Wiesen wurde Sport getrieben. Ein Rinderheim in Bad Soden wurde seiner Einrichtung beraubt. Mißhandlungen an Personen waren gang und gäbe.

Der letzte Widerstand.

Was in den letzten Tagen in Weimar vor sich ging, hat nach außen den Eindruck planloser Verwirrenheit gemacht und dem Gedanken des Parlamentarismus schweren Schaden zugefügt. Vor den Augen des In- und Auslandes entrollte sich ein Bild der Schwäche und des Schwankens bis zum letzten Augenblick. Was mit kühler Erwägung und in würdiger Form geschehen mußte, ersahier völlig auf das Spiel des Zufalls gestellt und war bis zuletzt durch Zwischenfälle bedroht, die kaum einen Ausweg zu eröffnen schienen. Nicht um unfruchtbar Kritik zu üben, sei hier nochmals im Zusammenhange auf diese Dinge eingegangen, sondern weil alles daran gesetzt werden muß, mit dem ganzen System zu brechen, dessen letzte Ausläufer die unerfreulichen Vorgänge in Weimar bildeten.

Was die Lage so verhängnisvoll gestaltet hat, das war die Verstrickung in das Netz der Unannehmbarkeits-Erklärungen, durch die eine gradlinige Friedenspolitik in der schwersten Weise gefährdet wurde. Es ist an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen worden, daß diese intransigente Haltung bei den Gegnern unter keinen Umständen den erwünschten Eindruck machen könnte. Das Ausland war nicht auf die deutsche Presse angewiesen, um die Stimmung des deutschen Volkes zu erforschen. Die Entente hatte alle gewünschten Informationen aus erster Quelle. Deshalb zweifelte sie auch keinen Augenblick an der Durchsetzung ihres Willens. Woran sie zweifelte, das war am Verstand und an der Ehrlichkeit der deutschen Staatskunst. Einen Grund zur Furcht gab aber dieser Zweifel wohl kaum.

In Wirklichkeit lag der Taktik, die am 12. Mai proklamiert wurde, dieselbe Politik zugrunde, die im Kriege so furchtbar zusammengebrochen ist. Sie war die unveränderliche Fortsetzung des Bluffs, der niemand in der Welt täuschte, außer das deutsche Volk selbst. Der ewig lächelnde Optimismus, der bis in die letzten Kriegswochen fortbauerte, erscheint uns heute wie ein Rätsel. Wer möchte heute glauben, daß der leitende Staatsmann des süddeutschen Bundesstaates noch wenige Wochen vor dem gänzlichen Zusammenbruch im vertraulichen Gespräch die Ansicht vertrat, von Frieden könne erst gesprochen werden, wenn „das deutsche Schwert den Boden noch tiefer gepflügt habe“. Wenn solche Aussagen bei Männern von erprobter Staatsklugheit bestanden, so braucht man sich nicht zu wundern, daß der Sturz aus allen Himmeln die Form einer Katastrophe annahm. Aus dieser Tatsache hat die Regierung Scheidemann nichts gelernt. Sie behandelte die Friedensfrage in derselben Manier, wie die kaiserlichen Regierungen die Kriegspolitik betrieben hatten. Nichts geschah, um Volk und Volksvertretung auf das Unvermeidliche vorzubereiten. Im Gegenteil, es wurde mit allen Mitteln der Eindruck erweckt, als könne von der Unterzeichnung des Friedens überhaupt keine Rede sein. Offenbar machte man sich keine Gedanken, welchen Rückschlag der Tag bringen müßte, an dem erneut die Politik des „Niemals“ zusammenbrach. Es war ein Regieren von der Hand in den Mund, das nichts voraussah und nichts vorlehrte.

Was wir jetzt erleben, ist die innerpolitische Reifheit der wenig glänzenden Medaille, die am 12. Mai geprägt wurde. Als man in der vorigen Woche in Weimar zusammentrat, war lediglich eingetreten, was alle Welt voraussehen mußte. Aber weder die Regierung noch die Parteiführer hatten einen festen Plan, was nun geschehen sollte. Statt in aller Stille, bevor In- und Ausland sich in dem engen Raum von Weimar ein Stillsitzen gab und an allen Türen Lauscher harrten, die nötigen Vereinbarungen zu treffen, setzte am Mittwoch ein tagelanges Hin und Her, ein wüßiger Wirrwarr ein, aus dem sich erst nach einer vollendeten und einer halben Kabinettskrise und unter der unerfreulichen Begleiterscheinung peinlicher Fraktionsauseinandersetzungen der endgültige Entschluß gestalten ließ. Auf dem Kabinett Scheidemann und den Führern der Mehrheitsparteien liegt die Verantwortung dafür, daß der Entschluß vom 22. Juni nicht dem ganzen Volke als eine eiserne Notwendigkeit erschien, sondern als das Ergebnis irgend welcher Zufälligkeiten.

Daß dieser Eindruck die Autorität des Beschlusses schwer beeinträchtigen würde, lag klar auf der Hand. Den Willen von Deutschen, die bis zum letzten Augenblick auf die Verwirklichung des Gewaltfriedens gehofft hatten, muß ein solcher Ausgang unbegreiflich erscheinen. Und wer will es den Generalen verdenken, daß sie ernst nahmen, was kein ver-